

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Straßeninfrastruktur wieder sicher machen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Straßen und Brücken ist stark sanierungsbedürftig. Über Jahre hinweg wurden notwendige Investitionen vernachlässigt, was einen erheblichen Sanierungstau zur Folge hat. Dies beeinträchtigt die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.
2. Die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger muss eine vorrangige Aufgabe sein. Mangelhafte Infrastruktur birgt Risiken für die Verkehrssicherheit und stellt somit eine direkte Gefahr für die Bevölkerung dar.
3. Eine leistungsfähige und instand gehaltene Infrastruktur ist essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand des Landes. Der aktuelle Zustand der Verkehrswege behindert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, gefährdet Arbeitsplätze und mindert die Attraktivität Mecklenburg-Vorpommerns für Investitionen.
4. Aktuell fehlt ein umfassendes Konzept für die Infrastruktursanierung, das eine klare Priorisierung der Maßnahmen, ein detailliertes Finanzierungskonzept sowie definierte Meilensteine für die Umsetzung beinhaltet. Ein solches Konzept ist dringend erforderlich, um eine zielgerichtete und effiziente Verbesserung der Infrastruktur zu gewährleisten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein detailliertes und umsetzbares Konzept zur Beseitigung des Sanierungsstaus an Straßen und Brücken in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen. Dieses Konzept soll eine klare Zeitachse für die Sanierungsmaßnahmen, eine transparente Kostenkalkulation sowie die Sicherstellung der Finanzierung inklusive Baukostenkalkulation enthalten.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die anhaltende Vernachlässigung unserer Infrastruktur, insbesondere der Straßen und Brücken in Mecklenburg-Vorpommern, zeugt von einer ineffizienten Allokation der Steuermittel durch die aktuelle Landesregierung. Diese Infrastrukturelemente sind essenziell für die Mobilität aller Verkehrsteilnehmer, von Pendlern bis hin zu Logistikunternehmen, und somit unverzichtbar für das Funktionieren unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Konsequenzen dieser Vernachlässigung sind weitreichend. Sie beeinträchtigen nicht nur die Sicherheit und Lebensqualität der Bürger, sondern stellen auch ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität des Landes für Investitionen dar. Die resultierenden erhöhten Transportkosten wirken abschreckend auf potenzielle Investoren und gefährden Arbeitsplätze in der Region.

Im Rahmen einer Pressekonferenz des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit mit dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr am 27. Februar 2024 wurde die prekäre Lage offenbart. Der Direktor des Landesamtes musste eingestehen, dass die aktuellen Mittel nicht einmal ausreichen, um die dringlichsten Projekte zu realisieren. Dies verdeutlicht die Schwere der Situation.

Die Baukosten sind zudem immens gestiegen und wurden offensichtlich in der Budgetplanung nicht ausreichend berücksichtigt. Das Statistische Bundesamt verzeichnete bereits im Februar 2023 eine Kostensteigerung von 15 Prozent. Die Teuerungsrate des laufenden Jahres ist dabei noch nicht einmal einbezogen. Die zusätzlichen 20 Millionen Euro, die dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr bereitgestellt wurden, sind vor diesem Hintergrund bei Weitem nicht ausreichend.

Besonders kritisch zu sehen ist, dass nun erst ein Priorisierungskonzept für die Infrastrukturprojekte erarbeitet werden soll. Ein solches Konzept hätte längst vorliegen müssen, um eine zielgerichtete und effiziente Verwendung der Mittel sicherzustellen. Die aktuelle Vorgehensweise zeigt eine eklatante Planungs- und Strategielücke in der Infrastrukturpolitik der Landesregierung auf.

Die Notwendigkeit eines sofortigen Umdenkens und Handelns der Landesregierung ist offensichtlich. Es bedarf eines umfassenden Konzeptes, das nicht nur den Sanierungsstau adressiert, sondern auch eine gerechte und effiziente Verteilung der Steuermittel auf alle Verkehrsträger gewährleistet. Nur so kann eine resiliente, vielseitige und nachhaltig gestärkte Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern erreicht werden, die die Grundlage für ein wirtschaftlich starkes, sicheres und lebenswertes Bundesland bildet.